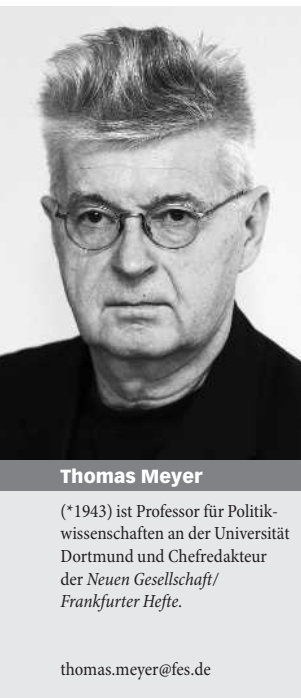


Thomas Meyer

Die Chancen der Sozialdemokratie



Thomas Meyer

(*1943) ist Professor für Politikwissenschaften an der Universität Dortmund und Chefredakteur der *Neuen Gesellschaft/ Frankfurter Hefte*.

thomas.meyer@fes.de

Viele Berater, wenig Rat

Im ersten Jahrhundert ihrer Geschichte glaubte die europäische Sozialdemokratie in all ihren Varianten, sie sei mit der Geschichte im Bunde. Weil sie die bessere Sache vertrat, die am Ende allein triumphieren dürfe, könnten immer größere Wahlerfolge auf die Dauer nicht ausbleiben, auch wenn sich das im Auf und Ab des Tages nicht immer zeige. Von Lassalle bis Godesberg galt diese Verheißung unerschütterlich. Dieser Rausch ist verfliegen. Länder wie Italien und die Niederlande, Frankreich und nun auch Deutschland haben die Erfahrung gebracht, dass der Weg nach unten sehr weit führen kann.

Die rasche Überwindung des deprimierenden Tiefs, aus dem sich die SPD nun offenbar entschlossen befreien will, geht nicht nur sie selber an. Die Gesellschaften wollen überall in Europa, dass ihre Demokratie sozialer wird. Sie wollen einen Staat mit sozialer Bürgerschaft, in dem jedem Einzelnen die Garantie für ein Leben in materiell abgesicherter Würde gegeben ist, um, unabhängig vom Erfolg am Markt, am gesellschaftlichen Leben teilhaben zu können. Zwar gibt es heute auch andere Akteure, die sich diesem Ziel ein Stück weit verpflichtet. Wie weit und wie zuverlässig es erreicht werden kann, liegt aber weiterhin maßgeblich in den Händen der sozialdemokratischen Parteien, ihrer Überzeugungskraft, ihrer Vertrauenswürdigkeit und ihrem politischen Machtpotenzial.

Ebendiese Voraussetzungen sind für die deutsche Sozialdemokratie getrübt, während gleichzeitig eine weitgehende Übereinstimmung ihres politischen Projekts mit dem gesellschaftlichen Mehrheitswillen besteht. So kam das Hamburger Programm der SPD, ein sozialer Gesellschaftsentwurf, der sich sehen lassen kann, in den Debatten der Republik, kaum dass es verabschiedet war, gar nicht mehr vor.

Die tragfähige Fundierung der soeben eingeleiteten Wiederkehr der Sozialdemokratie setzt freilich über den überzeugenden personellen Neubeginn hinaus eine gründliche Besinnung auf die wirklichen Ursachen des Dauertiefs der letzten Jahre voraus. Denn dabei handelte es sich um weit mehr als eine bloße Konjunkturdelle. Zwar können die von offenem Wunschdenken getragenen Untergangsprognosen für die Sozialdemokratie á la Dahrendorf als empirisch widerlegt gelten. Die Gründe, auf denen sie beruhten, sind aber nicht alle aus der Luft gegriffen. Statt in den Rücken, scheint der Wind der Geschichte der Sozialdemokratie neuerdings ins Gesicht zu blasen. Er könnte sich mit dem Supergau

des Casino-Kapitalismus nun rasch wieder drehen, der ja nach sozialdemokratischen Antworten förmlich schreit. Was aber bleibt, sind die neuartigen sozialen Herausforderungen, härtere politische Zwänge und verschärfte gesellschaftliche Widersprüche, die den sozialdemokratischen Parteien Europas überall schwer zu schaffen machen. Ob sie diese meistern oder an ihnen zerbrechen, liegt, wie im Vergleich der Länder Europas zu beobachten ist, nicht an den Umständen, sondern an den einzelnen Parteien selbst. Der alte Erbauungsglaube jedenfalls, die Droge der Linken, hilft nirgends weiter.

Das sterile Vorurteil freilich, eben weil die Herausforderungen so ungewohnt sind, könnten die Parteien an ihnen nur scheitern, verkennt den sozialdemokratischen Identitätskern von Grund auf. Er bestand zu allen Zeiten ja gerade in der bewusst gesuchten Wechselbeziehung zwischen festen Prinzipien und einer pragmatischen Offenheit für die Wahl der jeweils zweckdienlichsten Mittel ihrer Verwirklichung. Er ist also auf Innovation und Wandel angelegt. Gerade im Spannungsdreieck von Prinzipientreue, Bereitschaft zu neuen Wegen des Handelns und den Bedingungen politischer Mehrheitsfähigkeit liegt die Eigenart des sozialdemokratischen Politikverständnisses. Eine Balance, gewiss, die heute besonders schwer zu schaffen und überaus leicht zu verfehlen, aber keineswegs unmöglich ist. Sie war unter dem Einfluss von demografischem Wandel der Gesellschaft, Individualisierung der Handlungsorientierungen, Globalisierung der Märkte und den vertrackten politischen Herausforderungen, die aus der Vermengung von all dem entspringen, schon seit den 80er Jahren empfindlich gestört und in der SPD seit fünf Jahren zunehmend aus dem Lot geraten.

»Der sozialdemokratische Identitätskern ist auf Innovation und Wandel angelegt.«

Die gerufenen und ungerufenen Ärzte am Krankenbett der Partei haben viele Diagnosen geboten und wenig Therapie. Fast immer lief es darauf hinaus, sie solle nach der einen Seite bekenntnisfreudiger zulegen, in der Mitte nach dem Rat der einen, links nach dem der anderen. Erkennbar alles Rezepte, die das Leiden verschlimmern würden, weil dann auf der preisgegebenen Seite der Wählerschaft Einbrüche wahrscheinlich würden, die den Zugewinn auf der anderen mehr als wettmachten und überdies die Partei der gesamtgesellschaftlichen Gestaltungsfähigkeit beraubten. In Wahrheit ist der Zwang zum großen volksparteilichen Spannungsbogen ja auch keineswegs die Quelle der gegenwärtigen Misere. Willy Brandt hat einst gezeigt, wie er zu meistern ist. Das Bündnis von aufgeklärtem Bürgertum und Arbeiterschaft hat mit einem Programm, das an der Zeit war, bestens funktioniert. Auch der Abschied von überholten Vorstellungswelten kann gelingen, siehe Godesberg, und eine Partei der Häutungen, die sich aus dem Geist ihrer Grundwerte von Zeit zu Zeit neu erfinden muss, war die SPD in ihrer ganzen bisherigen Geschichte, sonst wäre sie längst vergessen. Mit Flügeln, gelegentlich deren hartem Gegeneinander, hatte sie immer zu tun, sogar in ihren besten Regierungsjahren. Trotz alledem gelang der Partei die politische Offensive, solange ein vernünftiges Programm, die Grundsolidarität ihrer Mitglieder und die Strahlkraft glaubwürdiger Führung das Vertrauen der Wähler gewannen. Es sind die letzten beiden Bedingungen, die ihr in den letzten Jahren wie nie zuvor zwischen den Fingern zerronnen sind.

Gründe der Schwäche

Wer die Gründe der Schwäche der letzten Jahre verstehen will, muss freilich weiter zurück und tiefer in die Gesellschaft hinein blicken. Die Faktoren, die ihr zugrunde liegen, sind nämlich auf drei Ebenen wirksam: im Bereich der *gesellschaftlich-politischen Strukturen*, der *politischen Konstellation* und dem *aktuellen Handeln* der öffentlich sichtbaren Repräsentanten. Erst wenn sie unheilvoll zusammenspielen, wird die Malaise perfekt. Worum geht es im Einzelnen?

Die *gesellschaftlich strukturellen* Faktoren sind gut analysiert. Zu ihnen gehören vor allem die durch die Krisen der traditionellen Wachstumspolitik erzeugten neuen politischen Konfliktlinien zwischen postmodernen Kultur- und Sozialberufen auf der einen Seite und industrierwirtschaftlich-gewerkschaftlichen Interessen auf der anderen. Verschärft wird dieser Konflikt durch den neuen Individualismus, der zwar nicht die Solidaritätsfähigkeit der Menschen prinzipiell infrage stellt, aber ihre Bindungsneigungen an Großorganisationen unabhängig von deren Tagesverfassung. Sodann hat die Globalisierung die Masse der einfachen Arbeitsplätze in unserem Lande infrage gestellt und gemeinsam mit dem rapiden demografischen Wandel den deutschen Sozialstaat Bismarckscher Prägung in eine strukturelle Finanzierungskrise gestürzt, aus der er sich nicht ohne grundlegende Veränderung befreien kann. So viel zu den neuen Strukturen.

Der wichtigste *politisch-konjunkturelle* Faktor des sozialdemokratischen Tiefs ist die neue »Schmutzkonkurrenz« der rechten Mitte und der populistischen Linken auf dem Feld des ursozialdemokratischen Identitätsthemas soziale Gerechtigkeit, ohne dass diese Rivalen wirkliche Handlungskonzepte wollen, die diesem Anspruch gerecht würden. Sie haben aber Erfolg, weil die SPD durch eigene konzeptionelle Schwäche und kommunikatives Versagen bei der Vermittlung ihrer sozialen Modernisierungspolitik diese Flanke selbst entblößt hat.

Auf der Ebene des *situativen* Handelns bestand das ausschlaggebende Defizit im Unvermögen der strategischen Spitze der SPD, sofern eine solche in der dissonanten Vielstimmigkeit der letzten Zeit noch halbwegs zu erkennen war, in dieser Situation die genuin sozialdemokratischen Antworten nicht nur in täglichen Bruchstücken in Gremien und Kabinetten zu geben, sondern öffentlich wirksam und in der großen Linie auch zu verkörpern und überzeugend glaubhaft zu machen. An programmatischen Vorlagen dafür hat es ja wahrlich nicht gemangelt. Hamburg 2007 hat den Ball genau auf den Elfmeterpunkt gelegt, zum Torschuss ist es dennoch nicht gekommen.

Was tun?

Nun scheint mit dem Zusammenbruch des Casino-Kapitalismus die Chronik der laufenden Ereignisse wie lange nicht mehr der Sozialdemokratie direkt in die Hände zu spielen und mit dem neuen Führungs-Duo die Chance des Gelingens zurückgegeben zu sein. Sind es doch ihre ureigensten Themen, die Leitmelodien ihres Grundsatzprogramms – Politisches Primat über die Märkte und Soziale Sicherheit im gesellschaftlichen Wandel – die auf einmal wieder in aller Munde sind wie lange nicht mehr. Aber Vorsicht Genossen: Das reicht noch lange nicht. Die verbesserte Chance ist nicht die Garantie des Gelingens. Auch Umfrage-

ergebnisse, wonach 70 % den Mindestlohn und 80 % mehr soziale Gerechtigkeit wollen, gar 80 % die *Agenda* im Prinzip für richtig halten, wenn sie nur sozial ausgewogener wäre, sind nur Anhaltspunkte, die die Richtung für die große Anstrengung weisen, die erst noch zu leisten wäre, um verlorenes Vertrauen und die Offensive im politischen Diskurs der Gesellschaft zurück zu gewinnen.

Was die Sozialdemokratie jetzt dazu braucht, sind vier Dinge, von denen keines fehlen darf, wenn die neuen Chancen dauerhaft genutzt werden sollen: *erstens* ein überzeugendes politisches Handlungsprofil, das das zerrissene Band zwischen der gesellschaftlichen Mitte und Unten neu flicht; *zweitens*, eine politische Führung, die es überzeugend verkörpert und Tag für Tag überlegen vermittelt; *drittens*, eine andere öffentliche Kommunikationsweise, in der, im Großen und Ganzen wenigstens, auch in der ersten und zweiten Reihe gemeinsam vertreten wird, was gemeinsam beraten und geschlossen wurde; und, *viertens*: ein Umgang mit der *Linkspartei*, der die offensive politische Auseinandersetzung mit ihr überall sucht, ohne dabei denen in die Hände zu spielen, die eine Art koalitionspolitischer Quarantäne über sie verhängen möchten, weil das ihren eigenen Machtkalkülen am besten dient.

»Ausgangspunkt für die Schärfung des politischen Profils muss die Erfahrung von Unsicherheit und Angst sein, die heute die Mitte und Unten verbindet.«

Ausgangspunkt für die Schärfung des politischen Profils muss die Erfahrung von Unsicherheit und Angst sein, die heute die Mitte und Unten verbindet. Sie sind ja nicht nur in den unteren Milieus der Reformverlierer zu finden, sondern bis hinein ins Herz der Gesellschaft, den Leistungsmilieus der Mitte, während in all diesen Milieus gleichzeitig ein Bewusstsein für sozialere Reformen vorhanden ist. Soziale Gerechtigkeit ist neben Sicherheit der höchste, die Gesellschaft prägende Grundwert, aber das Verhältnis von Verteilungsgerechtigkeit, Chancengerechtigkeit und Leistungsgerechtigkeit ist im Bewusstsein vieler Bürger ungeklärt. Der Zusammenhang zwischen der Ermöglichung von Leistungen, die die ökonomischen Grundlagen sozialer Sicherheit schaffen und der Teilhabegerechtigkeit, die verlässliche persönliche Sicherheit garantiert und zudem den sozialen Zusammenhalt, der seinerseits als Produktivkraft wirksam werden kann, muss neu begründet werden. Nicht in der Theorie, sondern durch praktische Projekte. Das ist eine Politik der sozialen Modernisierung, deren Elemente alle im Hamburger Grundsatzprogramm bereit liegen. Der vorsorgende Sozialstaat, der durch früh beginnende und lebenslang nutzbare Bildung persönliche Freiheitschancen, soziale Gerechtigkeit und ökonomischen Fortschritt verbindet, muss durch ein Projekt für einfache, aber auskömmlich bezahlte Arbeit ergänzt werden, das auch denen sofort hilft, die den anspruchsvollen Bildungsweg nicht gehen können oder wollen.

Aus dem politischen Projekt und nicht aus dem leeren Willen zur Macht ergeben sich dann die Koalitionsmöglichkeiten. Zum Thema des Verhältnisses von Sozialdemokratie und *Linkspartei* hat Franz Müntefering zwei Feststellungen getroffen, die der fatalen Symbiose von sozialdemokratischer Verwirrung und ihrer medialen Verwertung die Nahrungszufuhr entziehen könnten. Die erste klassifiziert *Die Linke* als eine Partei, die zwar auf sittliche Werte festgelegt ist, aber den Realismus zu einem pragmatischen Handeln nicht aufbringt, das ihnen gerecht würde. Die andere ist eine strategische Positionsmarkierung. Jede Kooperation zwischen beiden Parteien muss auf dem Prinzip Verantwortung

beruhen, um sicher zu stellen, dass nicht die SPD die Handlungslast trägt und die *Linkspartei* von Fall zu Fall in öffentlichkeitswirksamer Pose dazu den Daumen heben oder senken kann. Eine Sozialdemokratie, die dieser Orientierung folgt, könnte sich endlich aus der selbstgestellten Falle befreien, als die sich die Mitwirkung an der verlogenen Stigmatisierung der *Linkspartei* durch das bürgerliche Lager erwiesen hat.

Das Schwerste ist Glaubwürdigkeit

Was sich in letzter Zeit unter den Handlungsbedingungen der Sozialdemokratie möglicherweise am radikalsten geändert hat, ist die Kommunikationsumwelt. Zwar ist der Begriff der Mediendemokratie in aller Munde und die meisten Akteure haben sich je für sich genommen mit ihren Bedingungen halbwegs arrangiert. Was aber für die Sozialdemokratie als Ganze nun notwendig ist, um

»Notwendig ist die Übereinstimmung von Programm, Führungsperson und Performance.«

erfolgreich handeln und wirkungsvoll kommunizieren zu können, ist offensichtlich ins Bewusstsein vieler ihrer maßgeblichen Akteure noch nicht vorgedrungen. Bei der Planung des Erfolgswahlkampfes 1998 hat Matthias Machnig es auf den Punkt gebracht. Es ist die Übereinstimmung von Programm, Führungsperson und Performance.

Das hatte die Partei mit dem Wechsel zu Willy Brandt nach dem langen Siechtum der Ollenhauer-Jahre schon einmal schmerzlich gelernt und in den Jahren nach Brandt allmählich wieder vergessen.

Die Mediendemokratie ist aber seither schriller und gnadenloser geworden, zumal in der freien Wildbahn der Berliner Republik. Die glaubwürdige Verkörperung des Programms allein reicht nicht. Sie muss durch eine fast täglich erneuerte medienwirksame Performance ergänzt werden, die den Kern dessen, worum es geht, nach den Regeln der Medienlogik zur Geltung bringt, ohne sich diesen in den Inhalten zu unterwerfen. Das Programm der Partei, so viel steht fest, spricht nicht für sich selbst. Von ihm ist nur soviel öffentlich gegenwärtig, wie Tag für Tag medienwirksam verkörpert und vermittelt werden kann. Alles andere bleibt im medialen *Off*. Das Kunststück besteht nicht darin, wie mancher glaubt, die Medien zu umgehen. Es kommt darauf an, unter den Kommunikationsbedingungen, die sie setzen, die eigene Botschaft glaubwürdig und wirksam auf die Bühne zu bringen.

Dazu gehören immer drei: die politischen Spitzenakteure, die Medien, und die übrigen öffentlich sichtbaren Parteiakteure. Letztere liefern, sofern sie ihre mediale Erfolgskalkulation auf jeweils eigene Rechnung machen, den Medien die hoch willkommene Munition für unterhaltsames Sperrfeuer und ein kleines bisschen eigenen Tagesruhm. Der Öffentlichkeit aber vermitteln sie einen verhängnisvollen Eindruck davon, dass der Anspruch der Führungspersonen, für die Partei zu sprechen und für die Umsetzung ihrer Programmideen in die politische Praxis gerade stehen zu können, auf tönernen Füßen steht. Erst wenn sich die Kakophonie der zweiten Reihe wieder in eine gemeinsame Melodie verwandelt, können die neuen Chancen genutzt werden. Die Dirigenten sind jetzt ans Pult getreten, die Partitur ist allen bekannt, nur wenig muss an ihr noch gefeilt werden. Das sind keine schlechten Voraussetzungen.